



Grimm: Landesregierung steht in der Mitverantwortung für die Zukunft der betroffenen Kommunen

Zusammen mit Kommunen und Landkreisen Möglichkeiten zur Konversion ausarbeiten - Die FDP-Landtagsfraktion sieht die grün-rote Landesregierung in der Mitverantwortung für die Zukunft der von Schließungen und von Personalkürzungen betroffenen Bundeswehrstandorte im Land. Wie der für die Bundeswehr zuständige Landtagsabgeordnete Leopold Grimm sagte, sei nun die Landesregierung in der Pflicht, im Zusammenwirken mit Kommunen und Landkreisen zukunftsfähige Möglichkeiten zur Konversion auszuarbeiten.

Nach den Worten von Grimm bedeutet die Umstrukturierung der Bundeswehr für Standorte wie Sigmaringen einen schweren Schlag. Hier seien neben den Zivilangestellten und ihren Familien auch der um seine Umsätze fürchtende Einzelhandel betroffen. Grimm: „Das Beispiel Immendingen zeigt allerdings auch, wie der Wandel unter Umständen bewältigt werden kann. Wenige Stunden nach der Nachricht von der Schließung hat der Fahrzeugkonzern Daimler bekanntgegeben, sich mit seinen Planungen für ein Prüfzentrum mit Teststrecke nur noch auf Immendingen zu konzentrieren.“